



**Mechthild Rawert**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit  
Sprecherin der SPD-Landesgruppe Berlin

Mechthild Rawert, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

#### Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Unter den Linden 50  
Raum 5.027

☎ (030) 227.737 50

📠 (030) 227.762 50

✉ mechthild.rawert@bundestag.de

#### Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin-Tempelhof

☎ (030) 720 13 884

📠 (030) 720 13 994

✉ mechthild.rawert@wk.bundestag.de

[www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)

Berlin, 15. Dezember 2013

## Grußwort auf dem Euromaidan, Pariser Platz, am 15. Dezember 2013

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Freundinnen und Freunde der Ukraine!

Den Ukrainerinnen und Ukrainern die europäischen Werte sehr viel bedeuten. Das zeigen die von Seiten der Demonstrierenden friedlichen Demonstrationen auf dem Maidan in Kiew.

Die vielen EU-Fahnen in Kiew machen deutlich: Die europäische Idee lebt. Wir alle zeigen uns heute solidarisch mit den Demonstrierenden in der Ukraine. Ich finde es großartig, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer, die in Deutschland leben und die Freundinnen und Freunde der Ukraine diese Demonstration hier in Berlin auf die Beine gestellt haben.

Erste Forderungen der regierungskritischen Demonstranten wurden umgesetzt:

Erstens: Die Freilassung aller Gefangenen

Zweitens: Abgesetzt wurde Alexander Popow, der Bürgermeister der Hauptstadt Kiew, wegen seines brutalen Vorgehens gegen die Demonstrierenden. Abgesetzt wurde auch der stellvertretende Chef des Sicherheitsrates, Wladimir Siwkowitsch. Wegen der "Verletzung der Rechte" der Demonstranten auf dem Platz der Unabhängigkeit, dem Maidan, Ende November. So unzureichend diese Maßnahmen auch sind, sie sind ein kleiner Zwischenerfolg für die Udar-Partei des Oppositionsführers Vitali Klitschko.

Die Ukraine steht am Scheideweg. **Die Menschen sind den Schlingerkurs der Regierung leid. Präsident Janukowitsch muss endlich auf die Opposition zu gehen und den Wunsch der Bevölkerung nach einer engeren Zusammenarbeit des Landes mit der EU nachkommen! Hunderttausende Demonstranten haben eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie mit der von Präsident Janukowitsch vollzogenen Abkehr von Europa nicht einverstanden sind.**

Für mich ist klar: die Ukraine muss noch aktiver als zuvor in Reformbemühungen unterstützt werden. Dabei muss auch Russland eingebunden werden. Wir können aber nicht akzeptieren, dass Russland versucht, europäische Nachbarstaaten von einer engeren politischen und wirtschaftlichen Kooperation mit der EU abzuhalten, indem es sie mit Handelssanktionen belegt oder an den Energiepreisen schraubt. Die

EU darf sich nicht auf ein Pokerspiel mit Russland einlassen, bei dem die Ukraine versteigert wird und bei dem die ukrainische Regierung darauf wartet, welche Seite mehr Karten und damit mehr finanzielle Unterstützung ins Spiel bringt.

Auf ein solches Pokerspiel mit Moskau darf sich die EU nicht einlassen, denn wir wollen keine neuen Kalten Krieger in Europa!

Die jetzige ukrainische Schaukelpolitik provoziert inzwischen nach beiden Seiten - West wie Ost. Das bringt alle Freunde der Ukraine zur blanken Verzweiflung.

Die ukrainische Regierung ist gut beraten, sich nicht länger dem Willen der eigenen Bevölkerung nach größerer Nähe zur Europäischen Union entgegenzustellen. Die EU hat der Ukraine mit dem Assoziierungsabkommen ein weitreichendes Angebot zur Kooperation gemacht. Dazu stehen wir. Es darf für die Ukraine aber auch nicht um die Alternative „entweder Europa oder Russland“ gehen. Das Ziel der EU-Nachbarschaftspolitik ist die Förderung einer stabilen und demokratischen Entwicklung.

Die Ukraine braucht keine weitere Eskalation der Lage und keine wachsende politische Instabilität. Es ist gut, dass die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft Ende November in Vilnius die Tür in Richtung Kiew offen gelassen haben. Präsident Janukowitsch sollte dies als Chance begreifen und seinen Widerstand gegen das Assoziierungsabkommen, das der Ukraine viele Vorteile verschaffen würde, aufgeben.

Ich erwarte jetzt von der ukrainischen Regierung, dass sie nicht länger mit Schutzschilden und Schlagstöcken gegen die eigene Bevölkerung vorgeht. Schließlich setzen sich die Demonstranten für das ein, was ursprünglich auch die Regierung als politisches Ziel verfolgte: eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union. Aus Gewalt wird kein Dialog entstehen können.

Schon jetzt erinnern mich die Ereignisse in der Ukraine in vielem an die „Orangene Revolution“ von 2004, als genau dieser Janukowitsch wegen massiver Wahlmanipulationen sein Präsidentenamt nicht antreten konnte.

Martin Schulz - Präsident des Europäischen Parlamentes - hat der ukrainischen Regierung deutlich gemacht, dass sie lieber auf ihre Bürgerinnen und Bürger hören sollte, anstatt sie zu schlagen:

“The Ukrainian authorities should listen to its citizens and not beat them.”